

Stadtgrün sichert Lebensqualität und ein Umfeld zum Wohlfühlen

Grünräume haben eine enorme Bedeutung für eine lebenswerte, gesunde Wohnumwelt. Die klimatisch ausgleichende Wirkung von Bäumen senkt die Lufttemperatur, erhöht die Luftfeuchtigkeit durch Verdunstung und bindet Staub mit den Blattoberflächen. Bäume und Sträucher sind Lebensraum für Vögel, Kleintiere und Insekten. Grünoasen bieten eine angenehme, lebenswerte Atmosphäre. Sie leisten außerdem einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz. Auch im Grünflächenplan der Stadt Linz wird auf die besondere Bedeutung des bereits vorhandenen Baumbestandes hingewiesen: „...Die Bedachtnahme auf den erhaltungswürdigen Gehölzbestand ist dadurch begründet, dass aufgrund des langen Entwicklungszeitraumes von Bäumen und Sträuchern die ausgleichende Wirkung bei diesen weitaus besser zum Tragen kommt als bei Neupflanzungen...“

Wertvolles Stadtgrün darf nicht Beton und Asphalt geopfert werden. Umwidmungen von Grün- in Bauland müssen sorgfältig abgewogen werden und dürfen nicht auf Kosten der Lebensqualität erfolgen. So ist eine Straße mit großen Bäumen um bis zu 6 Grad Celsius kühler als eine baumlose. Bäume nehmen Kohlendioxid aus der Luft auf und geben Sauerstoff ab. Das ist in der Stadt besonders wichtig, weil die Autos bei der Verbrennung im Motor das lebenswichtige Gas verbrauchen. Eine einzige ausgewachsene Rotbuche produziert täglich 7000 Liter Sauerstoff, speichert mehr als 9000 Liter Kohlendioxid, verdunstet knapp 7000 Liter Wasser und filtert bis zu 20 kg Staub.

Grüne Städte werden gerne besucht. Zubetonierte Stadtwüsten weniger, weshalb auch der Tourismus stark von einem Baumschutzgesetz profitieren würde. In einer grünen Einkaufsstraße wird lieber gebummelt, eingekauft oder einfach nur im Kaffeehaus gesessen.

Die Erhaltung und der Schutz des Linzer Grüngürtels wurde auf Initiative der Grünen bisher im Örtlichen Entwicklungskonzept gesichert. Gegen massive Rodungsinteressen konnten die Grünen unter anderem - gemeinsam mit engagierten BürgerInnen – den Volksgarten, den AKH-Park, den Promenadenpark, wesentliche Teile des Bahnhofsparks und etwa die Mostobstallee an der Freistädter Straße vor der Zerstörung retten. Bei einem per Gemeinderatsbeschluss beauftragten Wettbewerb wurde auf Forderung der Linzer Grünen das Kriterium aufgenommen, den gesamten Baumbestand des Schillerparks zu erhalten. Entgegen ursprünglichen Intentionen wurde schließlich auch der neue Dompark aufgrund einer Unterschriftenaktion der Grünen mit mehr Grün ausgestattet. Die Kennzeichnung erhaltenswerter Baumbestände in Bebauungsplänen wurde entgegen ursprünglichen Intentionen der Stadt Linz auf einen GRÜNEN Gemeinderatsantrag hin wieder aufgenommen. Auch der Schutz von Bäumen im Zuge von Baustellen wurde auf Initiative der Grünen intensiviert.

Es ist jedoch nicht immer möglich, sich vor jeden einzelnen bedrohten Baum zu stellen. Deshalb braucht Linz ein modernes, bürgerInnenfreundliches und leicht

handhabbares Gesetz zum Schutz der Bäume, wie es in anderen österreichischen Bundesländern und europäischen Ländern längst Standard ist. Oftmals ist es jedoch trotz intensiver Pflege notwendig, überalterte Baumbestände aus Sicherheitsgründen zu entfernen und durch Neupflanzungen zu ersetzen. Insbesondere bei Alleen oder Baumgruppen kommt es dabei manchmal zu radikalen Kahlschlägen. Um dies zu verhindern wäre es sinnvoll, rechtzeitig ein Erneuerungskonzept, das einen sukzessiven Ersatz der Baumbestände vorsieht, zu erstellen.

Forderungen:

- Baumschutzverordnung für Linz, basierend auf einem OÖ Baumschutzgesetz. Die Verordnung soll einfach, bürgerInnenfreundlich und insbesondere für PrivatgrundbesitzerInnen möglichst unbürokratisch und ohne allzu restriktive Vorschriften handhabbar sein. Insbesondere sollten die Öffentliche Hand und Wohnungsgenossenschaften zu einem sorgfältigen Umgang mit Bäumen verpflichtet werden.
- Erstellung eines Erneuerungskonzeptes für überalterte Baumbestände. Durch einen rechtzeitigen, sukzessiven Austausch können Kahlschläge verhindert werden. Z.B. Schillerpark, Landhauspark, Alleen in der Peuerbachstraße, Simonystraße, Leonfeldnerstraße, Gruberstraße, am Freinberg, entlang des Donauradweges und rund um den Pichlinger- und Pleschingersee
- Fortschreibung und Ausweitung eines konsequenten Schutzes für Grüngürtel und innerstädtisches Grün bei der nächsten Überarbeitung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes
- Begrünungskonzept für den Nordico-Vorplatz
- Nachhaltige Sicherung des Linzer Arboretums und der wertvollen Anlage durch Erklärung zum geschützten Landschaftsteil gem. §16 Abs.1 Natur- und Landschaftsschutzgesetz 2001
- Nachhaltige Sicherung des Volksgartens durch Erklärung zum geschützten Landschaftsteil gem. §16 Abs.1 Natur- und Landschaftsschutzgesetz 2001
- Weiterer Schutz des Donautalgrünzugs – keine Westringautobahn
- Wieder Einbeziehung der wertvollen Flächen des Naturschutzgebietes Urfahrwänd, die für den Bau der Westring-Autobahn herausgenommen wurden

Saubere Luft und Klimaschutz verändern Linz positiv

Feinstaub, Stickoxide, klimaschädigende Gase gefährden die Gesundheit

Gemäß einer Verordnung des Umweltministeriums ist Linz wegen zu häufiger Feinstaub-PM₁₀-Grenzwertüberschreitungen sowie wegen zu häufiger Stickstoffdioxid-Grenzwertüberschreitungen als Luftsanierungsgebiet ausgewiesen. Hauptverursacher sind bei einer relativ hohen Hintergrundbelastung Industrie und Verkehr, wobei der Verkehr die Industrie mittlerweile überholt hat.

Bei den Maßnahmen sind daher laut der Prioritäten-Reihung des Landes OÖ unter anderen PM₁₀-Staubminderungsmaßnahmen im Bereich des Verkehrs sowie zudem

Maßnahmen zur Verringerung der Stickoxid- und SO₂-Emissionen vorzunehmen.

Im Bereich Industrie wurden in den letzten Jahren zahlreiche erfolgreiche Sanierungsschritte gesetzt. So haben die GRÜNEN Linz Rahmen ihrer Beteiligung als BürgerInneninitiative in den großen UVP-Verfahren (Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren) voestalpine 2010 und L6 viele Umweltmaßnahmen durchgesetzt. Neben vielen anderen Emissionsminderungen konnte z.B. der Feinstaubausstoß trotz einer Produktionserweiterung von einem Drittel um zwei Drittel gesenkt werden. Auch bei Stickoxid- und Schwefeldioxid-Emissionen konnten erhebliche Erfolge erzielt werden. Ein bisher in Österreich einzigartiges „Externes Kontrollorgan“, initiiert von der GRÜNEN "BürgerInnenpartei", begleitet weiterhin die laufende Umsetzung.

Nun ist es höchste Zeit, auch im Verkehrsbereich nach bereits erfolgten Verbesserungen im Bereich der sanften Mobilität (Ausweitung Angebot Linz Linien, Attraktivierung des Radwege- und Fußwegenetzes) weitere wesentliche Schritte für eine nachhaltige Luftsanierung in die Wege zu leiten. Die mitten durch die Stadt geplante Westring-Transit-Autobahn ist in diesem Zusammenhang absolut kontraproduktiv und würde den verkehrsbedingten Schadstoffausstoß weiter anheizen. Stattdessen müssen bereits lange versprochene ÖV-Projekte, wie die City-S-Bahn/Regio-Liner, Stadtbahn Linz-Gallneukirchen-Pregarten und der Ausbau der Summerauerbahn endlich verwirklicht werden. Ansonsten könnten neue Innovationsprojekte im Bereich der Industrie aufgrund der prekären Luftsituation nicht mehr genehmigt werden. Eine derartige Gefährdung von Arbeitsplätzen würde zu einem Kaufkraftverlust und einer enormen Schwächung des Wirtschaftsstandortes Linz führen.

Eine konkrete Maßnahme wäre die Einführung von Umweltzonen nach deutschem Vorbild. Demnach können Städte, Kommunen und Gemeinden so genannte Umweltzonen ausweisen, zu denen die Zufahrt mit entsprechender Plakette je nach Schadstoffkategorie des Fahrzeugs nur noch eingeschränkt erlaubt wird.

Laut Weltgesundheitsorganisation WHO verursacht in Österreich allein der verkehrsbedingte Feinstaub 2.400 Todesfälle im Jahr. Im Durchschnitt ergibt sich für die Bevölkerung der europäischen Union eine um mindestens ein Jahr reduzierte Lebenserwartung durch die Gesamtfeinstaubbelastung. Medizinische Studien und ÄrztInnen warnen, dass hohe Feinstaubbelastungen vermehrt zu Asthma, Bronchitis und Herz-Kreislauf-Erkrankungen führen. Vor allem Kinder leiden bei zu viel Staub in der Luft häufiger an Asthma und Bronchitis. Bereits 1998 hatte eine Studie mit Lungenfunktionsuntersuchungen an Linzer Schulkindern in verkehrsbelasteten Linzer Gebieten eine Beeinträchtigung der Lungenfunktion festgestellt. Die negativen Gesundheitsauswirkungen wurden durch jüngste Studien neuerlich bestätigt.

Für das Ansteigen der Stickoxid-Emissionen ist der Verkehr hauptverantwortlich. Mit 135.000 Tonnen produzierte der Verkehr im Jahr 2005 rund 33 % mehr Stickoxide als im Jahr 1990. In allen übrigen Sektoren, wie z.B. Industrie, Energie, Kleinverbrauch, wurden die Emissionen reduziert. Das besonders gesundheitsschädliche Stickstoffdioxid schädigt die Atemwege, führt zu Entzündungen und Bronchitis. Bei länger andauernder, hoher Konzentration nimmt

die Zahl der Herzrhythmusstörungen und Herzinfarkte zu. Auch Lungenödeme können die Folge sein. Allergien werden verstärkt. Nimmt die durchschnittliche Konzentration pro Tag um 100 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft zu, erhöht sich die Zahl der Todesfälle um zwei bis 7,6 %. Eine Studie aus den Niederlanden zeigt, dass Personen, die in der Nähe von stark befahrenen Straßen wohnen, ein fast doppelt so hohes Sterberisiko an Herz- und Lungenkrankheiten haben.

Einer Studie von KlimatologInnen der Universität für Bodenkultur zufolge werden die Sommer in den nächsten Jahrzehnten um etwa 2,5 Grad Celsius wärmer. Noch stärker ist die Zunahme der Durchschnittstemperatur im Herbst um drei Grad. Bei ungebremstem Klimawandel ist bis zum Ende dieses Jahrhunderts eine Temperaturzunahme von bis zu fünf Grad zu befürchten. Ein Blick in die Vergangenheit lässt diese Erwärmung umso bedrohlicher erscheinen: Von der letzten Eiszeit bis heute hat sich die Erde auch nur um fünf Grad erwärmt! Weder Mensch noch Natur können sich in so kurzer Zeit an diese Aufheizung anpassen. Schwere gesundheitliche Probleme, besonders für Kinder und ältere Menschen sind zu befürchten. Neben einem dringend notwendigen neuen Klimaschutzgesetz auf Bundesebene und der Klimawende auf Landesebene müssen auch im städtischen Bereich entsprechende Maßnahmen gesetzt werden. Klimaschädliche Treibhausgase entstehen in erster Linie durch Verbrennung fossiler Energie. Deshalb ist es notwendig, schrittweise aus den fossilen Energieträgern auszusteigen und umzustellen auf erneuerbare Energien sowie Energiesparen durch Energieeffizienz.

Sanfte Mobilitätsformen wie Öffis, Radwege und Fußwege, müssen im Gegensatz zum Individualverkehr ausgebaut werden. Im Wohnbereich sollte die thermische Altbausanierung durch Förderungen und attraktive Contracting-Angebote und Intracting-Modelle forciert werden. Ebenso die Niedrigenergiebauweise, der Passiv-Hausbau, die Verwendung erneuerbarer Energien, der weitere Ausbau des Fernwärmenetzes. Auch im Industriebereich ist der Energieeffizienz besonderes Augenmerk zu widmen.

Emissionen von Luft- und Klimaschadstoffen können nur durch eine nachhaltige, umwelt- und gesundheitsorientierte Politik in allen Bereichen vermindert bzw. verhindert werden.

Deshalb hat die Stadt Linz auf Betreiben der GRÜNEN bereits 1989 erstmals einen Energienutzplan erstellt. Dabei werden in allen übergeordneten Bereichen – Haushalt, Gewerbe, öffentliche Gebäude, Industrie, Verkehr/Mobilität – in einem ersten Schritt die Energieverbräuche bzw. Energieflüsse erhoben. In weiteren Schritten erfolgt die Feststellung der Energiesparpotenziale und der Ökoenergie-Potenziale, die Formulierung von kommunalen Zielen für Energie-Effizienz und Ökoenergie, die Festlegung einer kommunalen Energie-Effizienz- und Ökoenergie-Strategie sowie die Planung und Durchführung von Umsetzungsmaßnahmen

Forderungen:

- Einsatz modernster Technologien bei sämtlichen Industrieanlagen
- Beibehaltung der Parteistellung bei allen weiteren Ausbaustufen der voestalpine und Weiterführung des begleitenden Kontrollorgans
- Förderung von Niedrigenergiebauweise
- Ausweitung und Förderung von Contracting und Intracting
- Einsatz von energieeffizienter Beleuchtung in Gebäuden der Stadt Linz
- Förderung der Verwendung biologisch abbaubarer Kunststoffe, Verwendung biologisch abbaubarer Müllsäcke – ebenfalls in allen Bereichen der Stadt Linz
- Weiterer Ausbau der Fernwärmeversorgung
- Evaluierung des Energienutzplans
- Erhalt und Ausweitung innerstädtischer Grünoasen
- Weitere, verstärkte Förderung und weiterer Ausbau sanfter Mobilität: Rad- und Fußwege, Öffis
- Ausweisung von Umweltzonen nach internationalem Vorbild
- Keine Westring-Transit-Autobahn mitten durch Linz - statt dessen Umsetzung von City-S-Bahn/Regio-Liner, Stadtbahn Linz-Gallneukirchen-Pregarten, Ausbau der Summerauerbahn
-

Mehr Bio für Linz

Fetthältiges Fastfood und dazu konzentrierte Zucker-Cocktails in handelsüblichen Getränken werden immer mehr zur Bedrohung der Gesundheit von Jung und Alt. Die Stadt Linz muss daher mit Vorbildwirkung die Verwendung von Biolebensmitteln in allen öffentlichen Einrichtungen des Magistrats vorantreiben.

Die Außer-Haus-Verpflegung hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Immerhin essen 2,9 Millionen ÖsterreicherInnen täglich außer Haus und rund 1,9 Millionen ÖsterreicherInnen in Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung – in Schulen, Betriebskantinen, Krankenhäusern, Kindergärten, PensionistInnenheimen, Justizanstalten, Kasernen etc. Die öffentlichen Institutionen haben daher bei der Verpflegung großer Bevölkerungsanteile verstärkt eine gesundheitspolitische Verantwortung wahrzunehmen.

In Oberösterreich gehen ca. 27 % der monatlichen Ernährungsausgaben in den Außer-Haus-Verzehr.

Produkte aus biologischem Anbau sind nicht nur gesund und wohlschmeckend, sie sparen auch gegenüber der konventionellen Landwirtschaft rund 60% CO₂-Emissionen. Der Biolandbau verzichtet auf synthetische Mineral- und Düngemittel und betreibt somit aktiven Umweltschutz und vor allem Regionalförderung. Boden und Wasser werden geschont, Tier- und Pflanzenvielfalt werden gefördert. Auch der Einsatz von Fair gehandelten Produkten muss forciert werden.

Die GRÜNEN im Linzer Gemeinderat forderten bereits 1998 die Durchführung eines Pilotversuchs für die Verwendung von Bioprodukten in Magistratsküchen.

Der Pilotversuch fand schließlich in der Küche des Hortes Krausstraße statt und wurde 2002 mit fadenscheinigen Argumenten abgebrochen.

Im Juni 2001 beschloss der Linzer Gemeinderat auf neuerliche Initiative der GRÜNEN einstimmig, innerhalb von drei Jahren schrittweise das Angebot in städtischen Einrichtungen im Umfang von 30 Prozent auf Bio-Kost umzustellen.

Bis heute funktioniert die Umstellung auf Biokost in städtischen Einrichtungen schleppend. Noch nicht einmal der 30-Prozent-Anteil ist erreicht.

Forderungen:

- Umstellung der städtischen Küchen auf die Versorgung mit - bevorzugt saisonalen, regionalen - Bio-Lebensmitteln
- Gesunde Jause möglichst aus saisonalem, regionalen Biolandbau in Kindertagesheimstätten und Schulen
- Einsatz von fair gehandelten Produkten , wie Fair-Trade, etc. (Insbesondere bei Kaffee, Tee und Südfrüchten ist eine flächendeckende Umsetzung möglich)
- Umrüstung der Kaffee- und Tee-Automaten im Bereich des Magistrats und der Unternehmungen der Stadt Linz auf biologische Fair-Trade-Produkte.
- Forcierung von Ernährungsberatung durch die Stadt Linz, insbesondere im Rahmen der öffentlichen Einrichtungen

Aktive, bürgerInnenbeteiligte Planung für eine lebendige Stadt

Wir GRÜNEN verstehen unter Stadtplanung einen aktiven, vernetzten Planungsprozess zur Wahrung und Verbesserung der Lebensqualität in Linz. Nach präzisen Analysen müssen im Örtlichen Entwicklungskonzept Regeln und Eckpunkte festgelegt werden, um die notwendigen räumlichen, sozialen und funktionalen Qualitäten der Stadt zu sichern; gleichzeitig müssen unvorhersehbare zukünftige Entwicklungen schnell und flexibel eingebunden werden können.

Stadtplanung darf ProjektbetreiberInnen und InvestorInnen nicht hinterherhinken. Ganz im Gegenteil: Sie muss von sich aus Anregungen geben und Entwicklungen lenken! Das erfordert zukunftsorientierte Ideen und zeitgemäße Antworten, die von der Verwaltung gemeinsam mit ExpertInnen und engagierten BürgerInnen entwickelt werden sollten. Deshalb fordern und fördern die GRÜNEN Mitspracherecht und BürgerInnenbeteiligung, Eigeninitiative, Wettbewerb, Projekte junger ArchitektInnen und LandschaftsplanerInnen, um mehr Qualität für die Gestaltung unseres Umfelds (Gebäude, Verkehrsknoten, Öffentlicher Verkehr, Plätze, Freiräume, Grünräume) zu erreichen. Qualität darf kein Luxus sein, sondern muss Standard werden. Barrierefreiheit und eine paritätische Zusammensetzung von Gremien ist für alle Bereiche selbstverständlich. Aufbauend auf wesentlichen Qualitätskriterien im Wohnbau und der Stadtplanung soll den PlanerInnen auch die nötige Planungsfreiheit gelassen werden, um spannende Architektur zu ermöglichen.

Intelligente Verdichtung mit guter Infrastruktur und wohnungsnahem Grünraum

Die Linzer Erholungsräume im Süden (Freiraumkonzept, Natura 2000 Gebiet...)

und im Norden (Urfahrner Grüngürtel...) sowie die Parks in der Innenstadt und zahlreiche ausgewiesene Naturdenkmäler sind wesentliche Faktoren der Lebensqualität und entscheidende Bereicherungen für das Stadtleben. Der Schutz dieser Natur- und Grünräume genießt daher hohe Priorität. Unsere zukunftsorientierte, GRÜNE Stadtplanung achtet verstärkt auf die Mobilitätsbedürfnisse der "schwachen" VerkehrsteilnehmerInnen, wie FußgängerInnen und RadfahrerInnen. Eine "autozentrierte" Planungspolitik lehnen wir daher ab. Daher spielt in der GRÜNEN Stadtplanung das Zu Fuß gehen, das Radfahren und der Öffentliche Verkehr, eine zentrale Rolle.

In einigen Stadtteilen sollte auch die soziale Infrastruktur (Jugendtreffs, Kinderbetreuung, Angebote für SeniorInnen, Nahversorgung...) deutlich verbessert werden. Existierende Schwächen und Defizite müssen beseitigt und die Infrastrukturrahmenbedingungen den Erfordernissen der Gegenwart und Zukunft angepasst werden.

Die Durchgrünung der Innenstadt ist auf Grund zahlreicher Einbauten in den Innenhöfen, wie z.B. versiegelte Parkplätze oder Verhüttelung, mangelhaft. Daher muss die Erhaltung bestehender Grün- und Freiflächen und die Schaffung und Wiedergewinnung von Freiräumen im dicht bebauten und immissionsbelasteten Stadtgebiet durch eine gezielte Innenhofentkernung erreicht werden.

Städtische Lebensqualität ist eng mit der vorhandenen Infrastruktur verknüpft. In Regelmäßigen Abständen müssen mit empirischen Untersuchungen konkrete Schwachstellen aufgespürt werden - insbesondere in den Bereichen Spielplätze, Stadtgrün, Schulen, Kindertagesheimstätten, SeniorInnen-Angebote, Nahversorgung, ÄrztInnen, Radwegezugang, Internetzugang, Haltestellen des Öffentlichen Verkehrs, Freiräume, Barrierefreiheit, Lärm, Verkehrssicherheit usw. Die festgestellten Mängel werden dann unter Berücksichtigung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes nachhaltig und umfassend behoben.

Mehr Qualität bei der Umsetzung von Bauvorhaben: Städtebauliche Wettbewerbe sollen gefördert und deren qualitätsvolle Umsetzung gesichert werden. Junge ArchitektInnen und LandschaftsplanerInnen, insbesondere Frauen, sollen bessere Chancen erhalten.

Vorrang für die Wohnqualität: Keine weitere Reduktion der Lebensqualität durch Ansiedlung von stark verkehrssteigernden Betrieben und Märkten neben Wohngebieten (z.B. Freistädterstraße) – Entflechtung von Wohngebieten und konfliktträchtigen Betrieben. Keine Westring-Transit-Autobahn mitten durch die Stadt, verbunden mit einer Abwertung wertvoller Wohngebiete. Statt dessen Umsetzung von City-S-Bahn/Regio-Liner, Stadtbahn Linz-Gallneukirchen-Pregarten sowie Ausbau der Summerauerbahn

Visualisierung der Flächenwidmungspläne und Bebauungspläne zur besseren Verständlichkeit für die BürgerInnen. Demokratisierung des Planungsprozesses durch rechtzeitige Information mit verständlichen Plänen und dreidimensionalen Modellen der geplanten Veränderungen. Durchführung von Informationsveranstaltungen, bürgerInnenfreundliche KundInnenzeiten.

In ohnehin schon überbelasteten und wenig durchgrünzten Gebieten sollen keine

Umwidmungen von Grünland in Bauland mehr erfolgen. Stattdessen sollte eine maßvolle Verdichtung stattfinden. Dafür soll ein Brachflächen- und Baulückenkataster erstellt werden.

Durch Analysen von Planungs- und Umsetzungsfehlern in relativ neu entstandenen Stadtentwicklungsgebieten wie z.B. Auwiesen, Ennsfeld oder Solar City soll die Qualität zukünftiger städtebaulicher Projekte verbessert werden.

Ein Bebauungsplan-Screening ist in die Wege zu leiten, um insbesondere in sensiblen Bereichen städtebaulich nicht sinnvolle Bebauungspläne entsprechend zu überarbeiten und abzuändern. Zielvorgaben sind vor allem ein harmonisches Stadtbild und anrainerInnen bzw. gebietsverträgliche Bebauungsmöglichkeiten.

Alt-Urfahr-West - „Fischerdörfli“ mit Charme

Die Baustruktur des ehemaligen „Fischerdörfli“ in Alt-Urfahr-West vermittelt den Eindruck eines Stadtteils der sich klar durch seine Vergangenheit vom übrigen Stadtgebiet abhebt. Kennzeichnend für Alt-Urfahr ist die Verzahnung und Überprägung einer ursprünglich dörflichen und vorstädtischen Struktur durch eine gründerzeitliche Blockrandbebauung. Abgesehen von einzelnen Zu- und Umbauten geht der Gebäudebestand großteils auf die Zeit vor 1880 zurück. Ein geringerer Anteil der Bauten wurde in der Zeit bis 1918 errichtet. Abbruchbewilligungen in Alt-Urfahr dürfen nur ausnahmsweise und mit Zustimmung des Gemeinderates erteilt werden. Aufweichungstendenzen für den besonderen Schutz von Alt-Urfahr-West konnten bisher von den GRÜNEN erfolgreich verhindert werden.

Der Charakter des Fischerdörfli Alt-Urfahr-West muss auch weiterhin unter besonderem Schutz bleiben. Im Örtlichen Entwicklungskonzept wird Alt-Urfahr-West als ein Gebiet mit besonderer historischer Bedeutung und historischer Bausubstanz hervorgehoben. Es darf keine weitere Verdichtung im Bereich Alt-Urfahr-West erfolgen. Die Erhaltung der historischen Baukörperstruktur muss festgeschrieben bleiben, wobei aber eine Wohnumfeldverbesserung anzustreben ist. Bei neuen Bauprojekten und Sanierungen ist auf deren Umfeldverträglichkeit Bedacht zu nehmen.

Forderungen:

- Partizipative Stadtentwicklung: Information, BürgerInnenbeteiligung und Mitbestimmung bereits in der Planungsphase von Projekten
- Visualisierung von Bebauungsplänen
- Förderung städtebaulicher Wettbewerbe unter Berücksichtigung junger ArchitektInnen und LandschaftsplanerInnen
- Bessere Chancen für Frauen im Planungsbereich, Parität in allen Gremien: z.B. im Gestaltungsbeirat, bei geladenen Wettbewerben, in Jurys
- Ständige Vertretung von Grün- und FreiraumplanerInnen im Gestaltungsbeirat
- Sanfte, maßvolle Verdichtung statt Bauen auf der Grünen Wiese
- Erstellung eines Baulückenkatasters

- Durchführung eines Bebauungsplan- und Flächenwidmungsplanscreenings für gebietsverträgliche Bebauungsmöglichkeiten und zur Verhinderung von Nutzungskonflikten
- Umweltscreening bei der Erstellung von Bebauungsplänen
- Ausweisung nicht nur besonders zu erhaltender Bäume sondern generell zu erhaltender Bäume bzw. Baumgruppen in Bebauungsplänen
- Erhalt bzw. Steigerung des Grünanteils in der Innenstadt. Z.B. durch Unterschutzstellung des Volksgartens, Wiederbegrünung des Nordico-Vorplatzes
- Innenhofentkernung in der Innenstadt
- Belebung und Attraktivierung von Plätzen und innerstädtischen Grünräumen durch sanfte Angebote für die Freizeitkultur
- Sicherung der vorhandenen Landwirtschaft in Linz durch strenge Auflagen bei Widmungen sowie Förderung des Biolandbaus
- Sicherung des Grüngürtels rund um Linz im Örtlichen Entwicklungskonzept
- Erhalt des „Fischerdörfles“ in Alt-Urfahr-West im Örtlichen Entwicklungskonzept und in allen relevanten Bebauungsplänen
- Keine Schottergrube in Pichling oder sonstigen Linzer Stadtteilen
- Keine Westring-Transit-Autobahn mitten durch Linz sondern rasche
- Rasche Umsetzung der vorliegenden Öffentlichen Verkehrs-Projekte

Griffige „Linzer Agenda 21“ sichert nachhaltige Stadtentwicklung

Vor dreizehn Jahren beschloss der Linzer Gemeinderat auf Initiative der GRÜNEN erstmals, die Stadtentwicklung nachhaltig auszurichten. Im Jahr 1995 verpflichtete sich der Linzer Gemeinderat, die Naturreichtümer von Linz zu bewahren, eine soziale Ausgewogenheit in der Stadt anzustreben, die städtische Mobilität, die kommunale Verwaltung zukunftsbeständig auszurichten und die BürgerInnen in den Prozess der nachhaltigen Entwicklung einzubinden.

Schließlich wurde 1998 die städtische Verwaltung beauftragt, konkrete Handlungsprogramme zu erstellen, um die Nachhaltigkeitsziele auch Schritt für Schritt zu erreichen. In dem Handlungsprogramm, „lokale Agenda 21“, sollten Ziele und Fristen definiert sowie erforderliche Maßnahmen aufgezeigt werden, wie diese Ziele zu erreichen sind.

Im September 2001 wurde der Arbeitskreis „Linzer Agenda 21“ ins Leben gerufen. VertreterInnen des Linzer Magistrates aus den verschiedenen Fachdienststellen, Mitglieder des Linzer Gemeinderates sowie VertreterInnen externer Organisationen nahmen teil. Zu acht Themenbereichen wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, deren Aufgabe in einer ersten Phase in der Ausarbeitung von Nachhaltigkeitszielen und Nachhaltigkeitsindikatoren bestand. Die Themenbereiche waren breit gefächert und umfassten die Bereiche Energie, Klimaschutz, Luftreinhaltung, Natur, Boden, Wasser, Verkehr, Lärm, Abfall, Wirtschaft, Soziales und Interne Verwaltung/Service.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen bildeten die grundsätzliche Basis für die „Linzer Agenda 21“, die vom Linzer Gemeinderat am 26. Juni 2003 einstimmig beschlossen wurde.

In der Gemeinderatssitzung am 15. März 2007 wurden schließlich die konkreten Nachhaltigkeitsziele und Umsetzungsmaßnahmen für die Stadt Linz im Rahmen der „Linzer Agenda 21“ vom Linzer Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Die Agenda stellt einen kontinuierlichen Prozess dar. Trotzdem ist die Quantifizierung der Nachhaltigkeitsziele sowie die Zeitpläne für die Umsetzungsmaßnahmen unabdingbar. Ohne diese bleibt die Agenda ein Instrument mit zwar guten, sinnvollen Absichtserklärungen, aber zahnlos. Um die bis dato gefällten Beschlüsse und Bekenntnisse der Stadt zur nachhaltigen Entwicklung auch verwirklichen zu können, muss nun endlich die Quantifizierung der konkreten Ziele und Maßnahmen samt Zeitplänen erstellt und unverzüglich mit deren Umsetzung begonnen werden.

Forderungen:

- Quantifizierung der Nachhaltigkeitsziele der „Linzer Agenda 21“ sowie Erstellung von Zeitplänen für die jeweiligen Umsetzungsmaßnahmen
- Kontinuierliche Weiterentwicklung der Linzer Agenda 21 sowie laufende Anpassung an neue Bedingungen